

März/April 2008

Termine

14.04.2008-18.04.2008

Parlamentarische Versammlung
des Europarates in Straßburg

19.04.2008

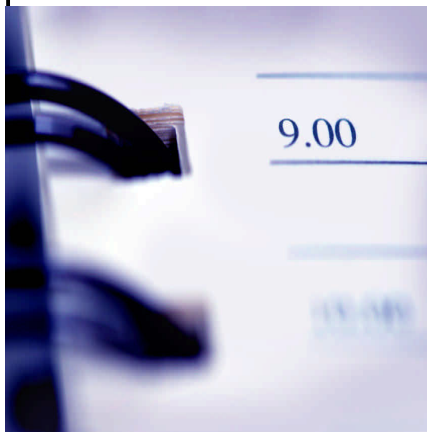
DFB-Pokalfinale in Berlin

21.04.2008-25.04.2008

Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

21.04.2008-24.04.2008

Sitzungswoche
Europäisches Parlament
Straßburg



25.04.2008

Bundesratssitzung in Berlin

27.04.2008

Volksentscheid über die Zukunft
des Flughafens Tempelhof

01.05.2008

Bundeskanzlerin Dr. Angela
Merkel erhält den Karlspreis

05.05.2008

CDU-Bundesvorstand

05.05.2008-09.05.2008

Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Die besten Argumente für die Richtigkeit der Politik der Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel liefern einmal mehr die neuesten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. So waren im März 3,507 Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Dies ist ein Rückgang um 617000 im Vergleich zum Vorjahr. Besonders erfreulich ist bei dieser Entwicklung der gleichzeitige starke Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse um 610000 während der vergangenen zwölf Monate. Nach 9,9 Prozent in 2007 liegt die Erwerbslosenquote nunmehr bei 8,4 Prozent. Damit haben wir den niedrigsten Stand seit 15 Jahren erreicht.

Was vor wenigen Wochen nur unerschütterliche Optimisten für möglich gehalten haben, rückt jetzt in greifbare Nähe. Seriöse Fachleute bezeichnen die Vollbeschäftigung in Deutschland wieder als möglich. Auf dem Weg dorthin könnte die Drei-Millionen-Marke Ende des dritten oder Mitte des vierten Quartals 2008 unterschritten werden.



Selbstverständlich wird dieser Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt in erster Linie von der weiterhin anhaltenden guten Konjunktur getragen. Die Rahmenbedingungen hierfür sind allerdings von der mit Augenmaß geführten Politik der Großen Koalition gesetzt worden. Jetzt zahlt es sich aus, dass die CDU/CSU-Fraktion sich beharrlich für die Fortsetzung der Reformpolitik eingesetzt und gegen die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns gestemmt hat. Dadurch sind der deutschen Wirtschaft bislang Belastungen erspart geblieben, die letztlich auf Verbraucher und Arbeitnehmer abgewälzt worden wären.

Just in diesen Tagen zeigt sich auch, dass die gesamte Mindestlohndebatte in weiten Teilen eben doch lediglich ein wahlkampfaktives Manöver der Sozialdemokraten war und ist. Gerade einmal sieben Branchen haben bis zum Stichtag am 31. März 2008 die Aufnahme in die Regelungen des Entsendegesetzes beantragt. Entsprechend den getroffenen Vereinbarungen werden wir als CDU/CSU-Fraktion nunmehr für jeden einzelnen Fall prüfen, ob die Voraussetzungen vorliegen. Unser Festhalten am Vorrang der Tarifautonomie hat sich jedoch als richtig erwiesen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer wissen nun einmal selbst am besten, welche Löhne angemessen und vertretbar sind. Sie benötigen dafür keine staatliche Einmischung.

Die Reformen müssen gleichwohl fortgesetzt werden. Die Arbeitsmarktpolitik ist dauerhaft zu modernisieren. Wir setzen uns für eine Halbierung der Arbeitsmarktinstrumente ein, um die Beitragszahler weiter zu entlasten. Ebenso wollen wir zusätzliche Hinzuverdienstmöglichkeiten bei den Regeln zum Arbeitslosengeld II schaffen. Schließlich fordern wir steuerliche Erleichterungen, die den Beschäftigten mehr Netto in der Lohntüte belässt. Die Menschen brauchen das deutliche Signal, dass Leistung sich wieder lohnt.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Schmitt, MdB

Kultur in Berlin, Kultur für Deutschland – im Gespräch mit Staatsminister Bernd Neumann (CDU)

Am 4. März hat der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, in einer öffentlichen Informationsveranstaltung über Umfang und Bedeutung der Bundeskulturförderung referiert und diskutiert. Bernd Neumann folgte damit einer Einladung der Bundestagsabgeordneten Prof. Monika Grütters und Peter Rzepka. Die Veranstaltung lockte annähernd 100 kulturell Interessierte und z. T. auch Engagierte in den Ratskeller des Schöneberger Rathauses am John-F.-Kennedy-Platz.

Rzepka und Grütters würdigten einleitend die Verdienste des Staatsministers im Bundeskanzleramt für die Hauptstadt Kultur. Schließlich fördert die Bundesregierung in Berlin ansässige Einrichtungen und Projekte mit insgesamt 420 Mio. Euro. Das ist mehr als ein Drittel des jährlichen Kulturretats des Bundes von ca. 1,1 Mrd. Euro, der unter seiner Verantwortung bereits zum dritten Mal in Folge gestiegen ist. Zuletzt gelang es ihm, einen zusätzlichen Kultur-Investitionsfonds von 400 Mio. Euro aufzulegen.

Bernd Neumann selbst bedauerte, dass die Rolle der Kultur auch in der eigenen Partei vielfach noch unterschätzt werde. Immerhin sei sie neben der deutschen Sprache Teil der Identität unserer Gesellschaft. Kultur prägt die Grundlagen und Orientierungen unserer Nation und entfaltet Wirkungen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Trotz eines Haushaltsanteils von nur 0,4 Prozent, so Neumann, habe Kultur eine strategische Bedeutung. Deshalb sprach sich der Beauftragte für Kultur und Medien für die Verankerung der Kultur als Staatsziel im Grundgesetz aus.

Was bedeutet die Kultur für Berlin? Zweifelsohne finden sich in Berlin Kulturgüter von gesamtstaatlicher und sogar weltweiter Bedeutung. Bestes Beispiel hierfür ist die Museumsinsel, die den Status als „Weltkulturerbe der Menschheit“ besitzt. Diese und andere Einrichtungen ziehen Besucher aus aller Welt an und machen den Kulturtourismus zu einem wichtigen Wirtschaftszweig in der Stadt. Und weil ausländische Touristen Deutschland oft auf dem Weg über Berlin kennenlernten, müsse die Qualität stimmen. Denn was in der Hauptstadt kulturell gelinge, werde in den Augen der Welt der ganzen Nation gutgeschrieben, so Staatsminister Neumann. Deshalb habe er sich bei den Verhandlungen zum Hauptstadtförderungsvertrag mit Erfolg für eine hohe Fördersumme in Berlin eingesetzt und dies im Gegenzug mit einer angemessenen Förderanstrengung durch den Berliner Senat verknüpft. Froh sei er vor allem darüber, dass die anderen Länder diese Vereinbarung voll mittragen würden.

Mit diesem Geld werden in Berlin so unterschiedliche Einrichtungen und Projekte unterstützt wie die Opernstiftung, die Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten, die Akademie der Künste, das Haus der Kulturen der Welt und das Jüdische Museum. Hauptnutznießerin der finanziellen Unterstützung seitens des Bundes aber ist die Museumsinsel: Sie erhält über die zuständige Stiftung Preußischer Kulturbesitz ca. 200 Mio. Euro – immerhin fast die Hälfte der Summe, die aus Bernd Neumanns Etat nach Berlin fließt. Sein Hauptargument: „Wir können das kulturelle Erbe nicht verfallen lassen und gleichzeitig neue Schlösser im historischen Gewand bauen“ – so der Verweis auf die Wiedererrichtung des Stadtschlusses der Hohenzollern als „Humboldt-Forum“.



In der anschließenden angeregten Diskussion beantwortete Bernd Neumann Fragen aus dem Publikum zum Gedenkstättenkonzept des Bundes, zur Sanierung der Staatsoper und zum Humboldt-Forum.

Auf Nachfrage appellierte Neumann an die Träger öffentlicher Bibliotheken, sich untereinander besser zu vernetzen, um Fehlplanungen und unnötige Schließungen zu vermeiden. Auf die Bitte, die steuerliche Förderung kultureller Veranstaltungen zu verstärken, konnte der Staatsminister auf Fördermaßnahmen durch das im vergangenen Jahr in Kraft getretene „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verweisen. Außerdem sicherte er die zügige Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals zu, mit dem der Bund sowohl an die Wende im Jahre 1989 als auch an frühere deutsche Freiheitsbewegungen wie die von 1848 erinnern wolle.

Das Publikum ging in dem Wissen nach Hause, an diesem Abend mit dem Kulturstaatsminister Bernd Neumann einen großen Freund der Hauptstadt erlebt zu haben.

Lehrbauhof gibt Jugendlichen eine Chance

Von Kai Wegner, MdB

Der Ausbildungspakt wirkt. Zuletzt konnte die Industrie- und Handelskammer Berlin sogar ein Rekordergebnis an Lehrstellen vermelden. Trotzdem haben vor allem Jugendliche mit geringerer schulischer Bildung Probleme, einen Ausbildungsplatz zu finden. Die Fachgemeinschaft Bau bietet deshalb auf ihrem Lehrbauhof interessierten Jugendlichen in meist einwöchigen Kursen die Möglichkeit, ihren beruflichen Weg zu finden. Denn hier haben sie die Gelegenheit, sich an den vielschichtigen Tätigkeiten der Bauwirtschaft auszuprobieren. Vom Brunnenbauer bis zur Turmdrehkranausbildung: Der Lehrbauhof bietet alles und eröffnet den Einblick in eine Vielzahl von Berufen.

Als Sohn eines Bauarbeiters und selbst ehemaliger Mitarbeiter in einem mittelständischen Bauunternehmen kennt der Spandauer Bundestagsabgeordnete **Kai Wegner** die vielfältigen Tätigkeiten und Möglichkeiten der Bauwirtschaft genau. Denn entgegen der weitverbreiteten Meinung in der Öffentlichkeit, bietet die Bauwirtschaft auch im Zuge der wach-

senden Anforderungen, wie z.B. im Bereich des Umweltschutzes, ein interessantes Betätigungsfeld für junge Menschen.



Auf Einladung von Wolf-Burkhard Wenkel, Hauptgeschäftsführer der Fachgemeinschaft Bau, besuchte der Bundestagsabgeordnete den Lehrbauhof in Marienfelde. Nach einer Führung über das Gelände und dem Gespräch mit Auszubildenden zeigte sich **Wegner** von dem Angebot beeindruckt: „Jeder ausbildungswillige Jugendliche braucht einen Ausbildungsplatz. Der Lehrbauhof bietet jedem die Chance sich auszuprobieren und ist ein gutes Beispiel für das soziale Engagement der Privatwirtschaft, auf das wir auch in Zukunft bauen können.“

Palästinensischer Terror in Israel

Von Karl-Georg Wellmann, MdB

Der Nahe Osten kommt nicht zur Ruhe. Die israelische Zivilbevölkerung leidet bis heute unter den terroristischen Angriffen der Palästinenser.

Exemplarisch für diese anhaltenden Angriffe ist Sderot, die Partnergemeinde meines Berliner Wahlkreises Steglitz-Zehlendorf. Aus dem nahegelegenen palästinensischen Gaza-Streifen wird die Stadt praktisch täglich mit Raketen beschossen, ohne dass die Weltöffentlichkeit sich sonderlich dafür interessiert. Immer wieder werden Menschen durch diese Raketen verletzt. Wenn der „Rote Alarm“ losgeht, hat man 15 Sekunden Zeit, einen Bunker aufzusuchen. Am 09. Februar 2008 hat der 8-jährige Osher Twito es nicht geschafft. Eine Rakete hat ihm sein Bein abgerissen.

Ich habe am 15. Februar 2008 Sderot besucht. In meiner Begleitung war der Steglitz-Zehlendorfer Bürgermeister Norbert Kopp, der BZ-Chefreporter Gunnar Schupelius, der Berliner Unternehmer Hans Wall und der Publizist Georg

Gafron. Wir haben die Stelle besucht, an der Osher Twito getroffen wurde. Hans Wall hat spontan erklärt, er übernehme für das Kind die Kosten der Ausbildung. Georg Gafron wird die Familie für vier Wochen zu einem Erholungsurlaub nach Deutschland einladen.

Es führt kein Weg daran vorbei, Frieden im Nahen Osten zu schaffen. Israel will mit seinen Nachbarn und mit den Palästinensern in Frieden zusammen leben. Im Sommer 2005 hat Israel den Gaza-Streifen in der Hoffnung geräumt, dieses werde zum Frieden beitragen. Im November 2007 fand die Friedenskonferenz von Anapolis statt. Die Internationale Staatengemeinschaft hat sich verpflichtet, über 5 Milliarden Dollar aufzubringen, um die palästinensischen Gebiete zu entwickeln. Die Antwort der Terroristen sind Kassam-Raketen. Im Durchschnitt täglich 5 bis 10, 700 seit 2001. Gemeinsam mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf werden wir auch künftig Solidarität mit den Menschen in Sderot zeigen und die Partnerschaftskontakte weiter vertiefen.

Bahnreform noch in diesem Jahr

Von Ingo Schmitt, MdB

Die CDU/CSU-Fraktion dringt auf die Realisierung der Bahnreform noch in diesem Jahr. Die Teilprivatisierung ist für den Bundestagsabgeordneten **Ingo Schmitt** von essentieller Bedeutung für die Zukunft des bisher hundertprozentigen Staatsunternehmens. Der Berliner Verkehrspolitiker hat kein Verständnis für die von der SPD neu ins Leben gerufene sogenannte Bahnkommission. „Die Konzepte liegen alle auf dem Tisch. Bundesminister Tiefensee mahnt zu Recht eine zügige Verabschiedung an. Es kann nicht angehen, dass das Paket jetzt nur deshalb noch einmal vollständig aufgeschnürt wird, weil Einzelinteressen bei der Sozialdemokratie berücksichtigt werden sollen“, so **Schmitt**.

Seit Beginn der Legislaturperiode verhandelt die Große Koalition über die Privatisierung der Deutschen Bahn. Mittlerweile ist eine Einigung in greifbare Nähe gerückt, weil sich eine für alle Seiten praktikable Lösung in der wichtigen Frage des Schienennetzes abzeichnet. Jetzt wird dieser Weg gefährdet, da die Abgeordneten der SPD sich untereinander nicht einig sind. Ohne die sogenannte Volksaktie wollen jedoch zahlreiche Parlamentarier vom linken Flügel das Projekt in Gänze ablehnen. Dazu **Schmitt**: „Ohnehin ist das Arbeiten in der Koalition seit der Hessen-Wahl nicht einfacher geworden. Einmal mehr fühlt sich die SPD an getroffene Vereinbarungen nicht gebunden. Die Kollegen müssen sich endlich entscheiden, ob sie weiterhin Opposition von der Regierungsbank aus machen oder die Zukunft unseres Landes mit gestalten wollen.“

Richtige Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung im Dienstleistungssektor

Von Kai Wegner, MdB

Die Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft hat die Struktur unserer Wirtschaft tiefgreifend verändert. Öffentliche und private Dienstleister erwirtschaften heute rund 70 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes und beschäftigen somit mehr als 72 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland. Der Dienstleistungssektor nimmt damit eine herausragende Stellung in unserer Volkswirtschaft ein.

Als Berliner konnten wir diesen Strukturwandel quasi vor der Haustür Tag für Tag miterleben. Gerade bei uns in Berlin sind in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor entstanden – leider aber auch im Gegenzug überproportional viele Stellen in der Industrie weggefallen.

Diesen Strukturwandel im Sinne von mehr Beschäftigung für unser Land zu nutzen, stellt die Politik vor große Herausforderungen. Eine dieser Herausforderungen stellt sich im Bereich von Bildung und Wissenschaft. Sie sind nicht nur die wichtigsten gesellschaftlichen Ressourcen für eine moderne Wirtschaft, sondern auch Grundlage wissensintensiver Dienstleistungen. Mit der High-tech Strategie antwortet die Bundesregierung auf diese zentrale Herausforderung. Sie bündelt nicht nur die Kräfte in unserer Gesellschaft für mehr Innovationen, sondern fördert in einem eigenen Handlungsfeld den Dienstleistungssektor.

Aber nicht nur bei der Bildung und Forschung hat die Große Koalition gemeinsam mit der Bundesregierung die Weichen für die Zukunft gestellt. Auch schlummernde Beschäftigungspotentiale wurden aktiviert.

Das Potential der Kulturwirtschaft ist in dieser Legislaturperiode erstmalig klar benannt worden und der Weg bereitet, damit sich unternehmerisches als auch künstlerisches Potential voll entfalten kann.

Im Feld der sozialen Dienstleistungen haben wir mit dem Ausbau der Kinderbetreuung in 2-facher Hinsicht Maßstäbe gesetzt: Zum einen entsteht in Folge des Ausbaus ein zusätzlicher Bedarf von geschätzten 65.000 Erzieherinnen und Erziehern sowie 47.000 Tagespflegepersonen in diesem Bereich. Zum anderen schaffen wir durch neue Angebote der Kinderbetreuung die Voraussetzung für eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit in unserem Land - und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Neben den sozialen Dienstleistungen spielen auch die hausnahen Dienstleistungen eine entscheidende Rolle. Insbesondere bei Familien, bei älteren Menschen und Alleinstehenden besteht hier ein wachsender Bedarf. Die Bundesregierung hat hier durch eine Verbesserung der steuer- und arbeitsmarktrechtlichen Rahmenbedingungen nicht nur die Privathaushalte entlastet, sondern vor allem für einen signifikanten Beschäftigungsaufbau gesorgt.

Auch in diesem Jahr können wir dank der Reformen der Großen Koalition auf den Dienstleistungssektor als Jobmotor zählen. So rechnet die Deutsche Industrie- und Handelskammer mit einem zusätzlichen Beschäftigungsaufbau von rund 200.000 Arbeitsplätzen. Im Interesse der Menschen in unserem Land werden wir auch in Zukunft mit den richtigen Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung im Dienstleistungssektor sorgen.

KONTAKT

Die Bundestagsabgeordneten der
Berliner Landesgruppe
in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Ingo Schmitt
Landesgruppenvorsitzender

Tel: 030. 227-79362
Fax: 030. 227-76463
www.ingo-schmitt.de

ingo.schmitt@bundestag.de



Prof. Monika Grütters

Tel: 030. 227-70222
Fax: 030. 227-76223
www.monika-gruetters.de

monika.gruetters@bundestag.de



Peter Rzepka

Tel: 030. 227-70999
Fax: 030. 227-76999
www.peter-rzepka.de

peter.rzepka@bundestag.de



Kai Wegner

Tel: 030. 227-77610
Fax: 030. 227-76312
www.kai-wegner.de

kai.wegner@bundestag.de



Karl-Georg Wellmann

Tel: 030. 227-70300
Fax: 030. 227-76304
www.wellmann-berlin.de

karl-georg.wellmann@bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 - 10111 Berlin